



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 18. Sitzung des
Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
der Stadt Eberswalde
am 09.02.2011, 18:15 Uhr,
in der Rathauspassage Eberswalde, Konferenzraum,
3. Etage, Breite Straße 39, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 16. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 01.12.2010
4. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die gemeinsame Sitzung der 23. Sitzung des Ausschusses für BPU, der 17. Sitzung des Ausschusses für BJS und der 19. Sitzung des Ausschusses für KSI am 14.12.2010
5. Feststellung der Tagesordnung
6. Sachstandsbericht über die Durchführung der Budgetierung in der Grundschule Finow durch den Schulleiter Herrn Boldt
7. Sachstandsbericht zum Projekt "Jahr der Höflichkeit und Hilfsbereitschaft" durch die Projektleiterin Frau Gersdorf, Grundschule Finow
8. Informationen des stellvertretenden Vorsitzenden
9. Einwohnerfragestunde
10. Informationen aus der Stadtverwaltung
11. Informationsvorlagen
12. Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten ge-

mäß Hauptsatzung

12.1. **Vorlage:** AF/090/2011

Einreicher: CDU-Fraktion

***Personalplanung im Kitabereich**

13. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

14. Schließung der Sitzung

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Günter Schumacher, eröffnet die 18. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport um 18:15 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Schumacher stellt fest, dass form- und fristgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben. Zu Beginn der Sitzung sind **acht Stadtverordnete** anwesend (**Anlage 1**).

Frau Büschel wird durch Herrn Zinn vertreten.

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 16. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 01.12.2010

Schriftliche Einwendungen zur Niederschrift der 16. öffentlichen Sitzung des ABJS vom 01.12.2010 liegen nicht vor, mündliche werden nicht vorgetragen.

Abstimmungsergebnis über die Niederschrift:

- 7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung -

TOP 4

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die gemeinsame Sitzung der 23. Sitzung des Ausschusses für BPU, der 17. Sitzung des Ausschusses für BJS und der 19. Sitzung des Ausschusses für KSI am 14.12.2010

Herr Schumacher bittet die korrigierte Anwesenheitsliste, die heute ausgeteilt wurde, mit der Anwesenheitsliste vom Protokoll auszutauschen.

Schriftliche Einwendungen zur Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des ABPU, des ABJS und des AKSI vom 14.12.2010 liegen nicht vor, mündliche werden nicht vorgetragen.

Abstimmungsergebnis über die Niederschrift:

- 6 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen -

TOP 5

Feststellung der Tagesordnung

Herr Schumacher schlägt vor, den TOP 11 und 12 vorzuziehen und gleich hinter dem TOP 5 zu behandeln, da heute Abend auch Kinder anwesend sind. Die Kinder möchten sich für die Zuschussgewährung zu ihrem Projekt „Jahr der Höflichkeit und Hilfsbereitschaft“ mit einem persönlichen Dankeschön bei den Ausschussmitgliedern bedanken. Alle weiteren TOP verschieben sich entsprechend nach hinten.

Da keine weiteren Änderungen/Ergänzungen zur Tagesordnung vorgebracht werden, bittet Herr Schumacher um die Abstimmung der **geänderten Tagesordnung**, die **einstimmig befürwortet** wird.

TOP 6

Sachstandsbericht über die Durchführung der Budgetierung in der Grundschule Finow durch den Schulleiter Herrn Boldt

Herr Schumacher beantragt das Rederecht für Herrn Boldt. Das Rederecht wird **einstimmig befürwortet**.

Herr Boldt berichtet, dass sich seine Schule bereits im fünften Jahr der Budgetierung befindet und sie erst lernen mussten mit den finanziellen Mitteln verantwortungsvoll umzugehen. In den Jahren vorher hatten sie nur wenig Mitspracherecht und waren mehr oder weniger von der Planung der Verwaltung abhängig. Herr Boldt findet, dass sie mit dieser Form der Haushaltsführung sehr gute Erfahrungen gemacht haben, obwohl es nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile, gibt. Ein Nachteil ist z. B. der erhöhte Verwaltungsaufwand und ein Vorteil sind die Haushaltsstellen in bestimmten Deckungsringen, die durch sie genutzt werden können. D. h., jede Einsparung die sie bei einer bestimmten Haushaltsstelle erzielen, kommt ihnen bei einer anderen zugute, wie z. B. bei den Kosten für Strom, Wasser, Heizung etc. Bisher war es so, dass Haushaltsreste durch Einspareffekte ins neue Jahr mitgenommen werden konnten. Die Möglichkeit des Ansparens für größere Anschaffungen war dadurch gegeben, wobei größere Ausgaben immer in der Schulkonferenz beraten und beschlossen werden. Eine wichtige Voraussetzung im Umgang mit den Budgets ist, dass der hohe Verwaltungsaufwand in Kauf genommen werden muss. Außerdem sind eine gute Schulsachbearbeiterin und die Unterstützung vom zuständigen Fachamt notwendig, welches bisher in allen Fällen sehr gut beratend seiner Schule zur Sei-

te stand. Ein weiterer positiver Effekt ist die alleinige Auswahl von Anbietern, die hauptsächlich aus der Region kommen. Somit bleibt das Geld in der Stadt und sie haben auf kurzem Wege Partner auf die sie zurückgreifen können. So konnten u. a. durch die langfristige Zusammenarbeit Rabatte ausgehandelt werden. Abschließend betont Herr Boldt noch einmal, dass die Budgetierung für sie nur Sinn macht, wenn eingesparte Haushaltsmittel mit ins nächste Jahr genommen werden können.

Herr Schumacher schätzt nach den Worten von Herrn Boldt die Budgetierung als positiv ein. Er selbst hatte die Anfänge noch mit erlebt und er weiß, dass es damals insbesondere um den Zeitaufwand für die Sachbearbeitung ging. In diesem Zusammenhang möchte er wissen, ob für die Schulen zusätzliche Stunden ermöglicht wurden oder dies praktisch zusätzlicher Arbeitsaufwand ist.

Herr Boldt sagt, dass es zusätzlicher Arbeitsaufwand ist, wobei die Arbeitszeit der Schulsekretärinnen auch im Laufe der Jahre erhöht wurde, was aber nicht unmittelbar mit der Budgetierung zu tun hat.

Herr Landmann fügt hinzu, dass inzwischen alle drei Grundschulen budgetiert sind. Die einzelnen Verträge wurden heute ausgeteilt und können zu Hause nachgelesen werden.

TOP 7

Sachstandsbericht zum Projekt "Jahr der Höflichkeit und Hilfsbereitschaft" durch die Projektleiterin Frau Gersdorf, Grundschule Finow

Herr Boldt gibt zunächst noch ein paar wesentliche Informationen. Er teilt mit, dass die GRS Finow immer nach einem Jahresmotto arbeitet. In diesem Jahr soll das Jahr der Höflichkeit und Hilfsbereitschaft die positiven Aspekte guten Benehmens in den Vordergrund stellen. So gehört zu den Vorhaben u. a. der Besuch besonderer kultureller Höhepunkte, verbunden mit der Erfahrung angemessener Verhaltensweisen und anlassorientierter Bekleidung. Traditionell wird in der Jahrgangsstufe 6 das Thema Musical vertiefend behandelt, was immer verbunden ist mit einer Jahrgangsfahrt zu einem Musical. Aufgrund des finanziellen Zuschusses durch die Stadt Eberswalde und der Zustimmung dieses Ausschusses konnten die Sechstklässler in diesem Jahr erstmalig nach Hamburg ins Musical „König der Löwen“ fahren.

Frau Gersdorf erinnert an die Ausschusssitzung, in der sie damals das Projekt vorgestellt und um die Zustimmung des Ausschusses gebeten hatte. Mit großer Begeisterung und Freude haben die Kinder, die Eltern, die Kollegen und alle die es miterleben durften, das Musical aufgenommen. Für diesen einmaligen und erlebnisreichen Tag, der nur durch die großzügige finan-

zielle Unterstützung der Stadt Eberswalde und durch die Zustimmung dieses Ausschusses ermöglicht werden konnte, möchten heute die Schüler/-innen ihr persönliches Dankeschön sagen. Als Erinnerung und als symbolisches Dankeschön überreicht Frau Gersdorf an Herrn Landmann ein Bild vom König der Löwen, welches von den Kindern der sechsten Klasse selbst entworfen und signiert wurde.

Herr Landmann nimmt das Bild, auch im Namen des Ausschusses, dankend entgegen und sagt, dass es im Rathaus einen würdigen Platz bekommen wird.

In Form einer kleinen Dankesrede bedanken sich zunächst zwei Schülerinnen im Namen aller Sechstklässler für die großzügige finanzielle Unterstützung. Anschließend singt der Schulchor ein Lied aus dem Musical vor.

Herr Schumacher bedankt sich recht herzlich im Namen aller Anwesenden für den musikalischen Beitrag und er hofft, dass die Schüler noch sehr, sehr lange davon erzählen werden. Frau Gersdorf und allen Kollegen der Grundschule wünscht er weiterhin so eine gute Zusammenarbeit mit den Schülern.

TOP 8

Informationen des stellvertretenden Vorsitzenden

Es werden keine Informationen gegeben.

TOP 9

Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern.

TOP 10

Informationen aus der Stadtverwaltung

Herr Landmann bittet Frau Ladewig kurz den Ausschussmitgliedern mitzuteilen, welches Informationsmaterial heute durch die Verwaltung herausgegeben wurde.

Frau Ladewig teilt mit, dass folgende Materialien ausgeteilt wurden:

1. Anfrage der CDU-Fraktion zur Personalplanung im Kitabereich vom 31.1.2011
2. Offenen Brief der Familie Regulin an den Bürgermeister vom 14.01.2011
3. Zuschlagskriterien für die Essenausschreibung im Schul- und Kitabereich
4. Umsetzungskonzeption der Jugendkoordinatorin Eberswalde für das Jahr 2011
5. Übersicht über die Sportförderung im Jahr 2010

6. Übersicht über die Projektförderung in Schulen im Jahr 2010
7. Übersicht über die Projektförderung in Kindertagesstätten im Jahr 2010
8. Vereinbarung über die Gewährung und Durchführung der Budgetierung in der GRS „Bruno H. Bürgel“
9. Vereinbarung über die Gewährung und Durchführung der Budgetierung in der GRS Finow
10. Vereinbarung über die Gewährung und Durchführung der Budgetierung in der GRS „Schwärzese“

Herr Landmann informiert über fehlende Kita-Plätze in der Stadt Eberswalde. Derzeit fehlen ca. 80 Plätze, davon sind ca. 50 % bei freien Trägern, wobei auch Doppelungen möglich sind.

Des Weiteren verweist Frau Ladewig auf ein Projekt, welches im letzten Jahr durch die Verwaltung gefördert wurde und auch auf der Liste steht. Es handelt sich um die Kita „Spielhaus“, die im Rahmen ihres Projektes: „Märchen-Foto“ einen Kalender hergestellt hat. Frau Ladewig reicht den Kalender zur Besichtigung an die Ausschussmitglieder.

Herr Zinn informiert darüber, dass er aus dem Brandenburgischen Viertel verstärkt Signale von Eltern bekommt, die sich im Leistungsbereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende befinden, dass sie nicht bei Kita-Plätzen berücksichtigt werden. Er möchte wissen, ob es dafür eine Übersicht gibt oder ob die Verwaltung darüber eine Aussage tätigen kann. Ansonsten wäre es gut, in einer der nächsten Sitzungen darüber zu informieren.

Herr Landmann weist darauf hin, dass es keine Diskriminierung gibt. Die Verwaltung wird die Problematik noch einmal aufarbeiten und in der nächsten Sitzung dazu Stellung nehmen.

Herr Pieper erkundigt sich nach dem Stand der Sanierung in der Kita „Sonnenschein“.

Herr Landmann teilt mit, dass die Arbeiten planmäßig verlaufen.

Herr Prof. Creutziger möchte wissen, um welche Größenordnung es sich bei den budgetierten Grundschulen handelt.

Herr Landmann wird die Anfrage in der nächsten Ausschusssitzung beantworten.

TOP 11

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 12

Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u.

sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

Herr Dr. Steiner informiert darüber, dass die Familie Roggenbuck am 01.04. eine neue Wohnung bekommen wird. Ganz herzlich bedanken möchte er sich bei Herrn Zinn, der vor Ort alles geregelt hat, wie z. B. den Gang zu den Institutionen. Besonderer Dank gilt dem Ersten Beigeordneten des Landkreises Barnim, Herrn Bockhardt, Herrn Wiegandt von der Wohnungs- und Hausverwaltungs-GmbH, Herrn Mader vom Job-Center Barnim, dann natürlich Herrn Landmann von der Stadt Eberswalde und nicht zu vergessen Herrn Klamann von der Märkischen Oderzeitung, der die ganze Sache in der Presse dargestellt hat.

Frau Röder möchte noch einmal an Herrn Zinns Anfrage anknüpfen. Gibt es Signale, dass freie Träger Kita-Plätze besetzen mit Kindern, die den Beitrag bezahlen können und dass die Kinder, die auf Unterstützung angewiesen sind, dann in die städtischen Kitas gehen müssen, so dass eine Durchmischung im Grunde genommen dann nicht mehr erreicht wird.

Herr Landmann sagt, dass es durchaus freie Träger gibt, die sich nicht so strikt an unserer Gebührenordnung orientieren.

Herr Pieper hat eine Anfrage zum Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes, der allen übergeben worden ist. Dort heißt es unter dem Punkt Prüfergebnis, letzter Absatz, wie folgt: „Der Jahresrechnung 2009 lagen keine Budgetabschlüsse bei. Darüber hinaus sollte eine Regelung bezüglich der Erstattung von Schulkostenbeiträgen mit dem Landkreis gefunden werden.“ Herr Pieper möchte wissen, wie der momentane Sachstand ist.

Herr Landmann berichtet, dass es mehrfach Gespräche mit dem Landkreis Barnim gegeben hat. Da die Stadt und der Landkreis dazu unterschiedliche Positionen haben, ist es bisher zu keiner Einigung gekommen. Heute in der Dezernentenkonferenz wurde die Thematik noch einmal angesprochen. Es wird noch einmal ein Schreiben an den Landkreis formuliert, in dem die Stadt Eberswalde signalisiert, dass sie weiterhin gesprächsbereit ist.

Herr Zinn hätte noch eine Ergänzung zu dem Fragenkomplex von Frau Schostan. Es handelt sich um die Fragen zwei und drei seiner Anfrage-Nr.: AF/085/2011 aus der Stadtverordnetenversammlung vom 27.01.2011, die allen Stadtverordneten sicher bekannt ist. Herr Zinn liest die beiden Anfragen laut vor und schlägt vor, am Ende der dritten Frage den folgenden Wortlaut als Ergänzung mit aufzunehmen:

„...einschließend Teilnehmer-/innen im freiwilligen sozialen Jahr“

Des Weiteren informiert Herr Zinn kurz über den Sachstand der Familie Roggenbuck. Erst gestern hat er mit der Familie dahingehend ein Gespräch geführt, dass sie alle sozialen Möglichkeiten, die im Brandenburgischen Viertel in Anspruch zu nehmen sind, nutzen können. Erste Kontakte wurden bereits mit der Referentin für soziale Angelegenheit, Frau Ebert, geknüpft.

Herr Schumacher nimmt Bezug auf die Anfrage: AF/90/2011 der CDU-Fraktion und teilt mit, dass der gesamte Fragenkomplex ein Tagesordnungspunkt in der Märzsession ist, mit dem sich der Ausschuss beschäftigen wird. Es sind alle Fraktionen angeschrieben worden, entsprechende Stellungnahmen, Vorschläge, Anregungen und Anfragen einzureichen. In diesem Zusammenhang denkt er, dass alle Anfragen, die an den Ausschuss gestellt worden sind, dann auch beantwortet werden. Herr Schumacher fordert die Fraktionen noch einmal auf, zu dieser Veranstaltung rechtzeitig entsprechende Vorschläge einzureichen, damit dann auf dieser Grundlage debattiert werden kann.

Zur Familie Roggenbuck möchte er Folgendes sagen. Ihm ist zwar nicht bekannt, inwieweit Frau Ebert als Referentin für soziale Angelegenheiten für diesen Fall zuständig ist, aber vielleicht müsste auch der Landkreis mit ins Boot geholt werden.

Herr Landmann erinnert an die Sitzung, in der Herr Dr. Steiner diese Problematik angesprochen hatte. Schon damals sagte er, dass es hier eigentlich um Dinge gehe, die nicht in unserem Zuständigkeitsbereich fallen. Die Unterstützung der Familie basiert von Seiten der Verwaltung auf Freiwilligkeit und er selbst hatte sich persönlich der Sache angenommen, weil es ihm um die fünf Kinder ging. Ansonsten muss die Verwaltung wirklich abwägen, ob das alles schaffbar ist, auch mit Blick in die Zukunft.

TOP 12.1

Anfrage: AF/090/2011

Einreicher: CDU-Fraktion

***Personalplanung im Kitabereich**

Frau Schostan fragt an, ob sie richtig verstanden hat, dass ihre Anfragen heute nicht beantwortet werden. Sie hatte Herrn Hoeck in der Stadtverordnetenversammlung so verstanden, dass diese Thematik ausschließlich in der Märzsession diskutiert werden soll, aber Anträge vorher möglich sind. Sie weiß daher nicht, warum die Anfragen teilweise nicht beantwortet werden können.

Herr Landmann vermutet, dass es vielleicht Verständigungsprobleme waren. Herr Hoeck hatte angeregt, dass es gut wäre, wenn die Fragen aus Petitionen oder von vereinzelt Stadtverordne-

ten zusammengetragen werden. Er kann heute kurz auf die Anfragen eingehen und er würde dann im nächsten Ausschuss ausführlicher was dazu sagen.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag von Herrn Landmann zu.

Herr Landmann verliest die entsprechende Anfrage und beantwortet diese gleich im Anschluss.

Beantwortung zur Anfrage 1:

Es ist richtig, was der § 2 Kita-Personalverordnung vorsieht. Die Verwaltung praktiziert dies nicht, da vor Jahren Haustarifverträge mit den Beschäftigten abgeschlossen wurden. Außerdem sind die Beschäftigten über 32 Std./Woche beschäftigt, was bedeutet, dass sie eine flexible Arbeitszeit haben, die auch für alle Beschäftigten der Stadtverwaltung gilt.

Frau Ladewig fügt hinzu, dass in den 90er Jahren aufgrund des Solidaritätsprinzips innerhalb der Beschäftigtengruppe der Erzieherinnen dieser Tarifvertrag über die 32 Stundenregelung pro Woche abgeschlossen wurde. Diese 32 Stundenregelungen haben es der Verwaltung über die Jahre hinweg ermöglicht, dass mehr Personen in den Kitas eingesetzt werden konnten, da gemäß Kita-Personalverordnung eigentlich von 40 Std./Woche und Stelle ausgegangen wird (somit durch geringere Wochenarbeitszeiten, die Anzahl der Erzieherinnen erhöht werden konnte). Vom Prinzip her, bedingt auch durch die flexible Arbeitszeit, fährt die Verwaltung seit Jahren schon Arbeitszeitmodelle, weil auf der einen Seite Personal mit der 32 Stundenregelung vorhanden ist und weil dieses Personal durch die flexible Dienstplangestaltung auch Mehr- und Minderstunden auf- bzw. abbauen kann.

Herr Landmann erinnert an die 90er Jahre, wo die Verwaltung vor einer umfangreichen Personalentscheidung stand. In diesem Zusammenhang fanden auch Gespräche mit den Kita-Erzieherinnen statt. Diese Gespräche basierten darauf, dass die Kita-Erzieherinnen freiwillig in eine 32 Stundenbeschäftigung gegangen sind, damit sich der Umfang derer, die damals entlassen werden mussten, verringerte. Es konnte also mehr Personal bleiben, was sich bis heute als ein positiver Aspekt ausgewirkt hat. Wie sich das in der Zukunft gestalten wird, darüber muss in der nächsten Zeit gesprochen werden. Die Meinung der Erzieherinnen zu den 32 Stundenregelungen war bis heute auch positiv.

Frau Ladewig hat folgende Ergänzung. Angenommen es sind fünf Gruppen in einer Kita mit fünf Erzieher/-innen a= 40 Stunden. So sind es jetzt ca. sechs bzw. sieben Erzieher/-innen a= 32 Stunden. Wird ein/e Gruppenerzieher/in davon krank oder ist im Urlaub oder sonstiges, dann hat die Kita zwei Erzieher/-innen,

die nicht in der Gruppe sind und die dann entweder springen oder die Gruppe komplett übernehmen. Damit ist die Betreuung in der Kita laut Kita-Personalschlüssel abgesichert. Sind aber nur die fünf Erzieher/-innen a= 40 Stunden, müssen die Kinder aufgeteilt werden, weil ein/e Erzieher/-in fehlt.

Beantwortung zur Anfrage 2:

Herr Landmann weist darauf hin, dass er in der Stvv. schon aus der Kita-Personalverordnung zitiert hat. Diese regelt, dass neben der unmittelbaren pädagogischen Arbeit mit den Kindern auch Tätigkeiten wie Vor- und Nachbereitung und Elternarbeit sowie sämtliche Ausfallzeiten wie Urlaub, Krankheit und Fortbildung enthalten sind. Die Frage: „Wie viele Kinder werden in Krankheits- oder Urlaubsfällen tatsächlich von einer/einem Erzieher/in betreut?“ kann von der Verwaltung nicht beantwortet werden, da sich die Situation von Tag zu Tag ändern kann.

Die Kita-Leiterinnen Frau Schulz, Frau Gesche und Frau Brückner stimmen darüber ein, dass die 32 Stundenregelung für die Erzieher/-innen gut ist und von den Erziehern auch positiv angenommen wurde. Außerdem kann dadurch der Tagesablauf in der Kita flexibler gestaltet werden.

Frau Schostan meinte, was im schlimmsten Fall passieren könnte. Die Kita-Leiterinnen sagen, dass dieser Fall bisher nicht eingetreten ist. Es kommt zwar hin und wieder mal vor, dass Erzieher/-innen in einer Kita zur gleichen Zeit durch Urlaub, Fortbildung oder Erkrankung ausfallen. In diesen Fällen können sich die Kitas meist selbst helfen, indem sie durch die flexible Arbeitszeit Mehrstunden ansammeln können. Es kommt aber auch vor, dass Erzieher/-innen, z. B. durch Langzeiterkrankung oder Kur, für längere Zeit ausfallen. In solchen Fällen wird das Fachamt sofort darüber in Kenntnis gesetzt, damit rechtzeitig auf diese Situation reagiert werden kann. Das Fachamt entscheidet dann, ob aus anderen Einrichtungen Erzieher/-innen umgesetzt werden können, natürlich nur unter Einhaltung des Kita-Personalschlüssels.

Frau Brückner wies darauf hin, dass es in der Vergangenheit zu erheblichem Personalnotstand – bedingt durch Mehrfachkrankenausfällen in ihrer Einrichtung – kam, der zu Betreuungsproblemen führte.

Beantwortung zur Anfrage 5:

Herr Landmann sagt, dass in jeder Kita ein Dienstplan vorhanden ist, der den geregelten Kita-Betrieb gewährleistet. In Absprache mit ihren Erziehern erstellt die Kita-Leiterin diesen Dienstplan, um Urlaub oder auch Krankheit (z. B. bedingt durch eine Operation oder Kur) besser planen zu können. Wie Frau Brückner vorhin bereits ausgeführt hat, prüft das Fachamt immer zuerst, ob Erzieherpersonal umgesetzt werden kann. Ist eine

zeitweise Umsetzung nicht möglich, da vielleicht in anderen Kitas auch gerade Personalmangel besteht, wird bei extremen Situationen auch externes Personal eingestellt. Die Verwaltung ist gerade dabei, auszurechnen wie viel Personal sie in Kitas benötigen würde, wenn sie bei vakanten Erkrankungen unter der Zeitdauer von sechs Wochen hinaus, Ersatz schaffen müsste. Das Zahlenmaterial wurde heute der Verwaltungsspitze vorgelegt und diskutiert. Die Verwaltungsspitze hat sich dahingehend geeinigt, dass sie das Zahlenmaterial nach Abstimmung mit dem Steuerungsdienst der Politik sehr wohlwollend vorstellen wird.

Beantwortung zur Anfrage 3:

Herr Landmann sagt, dass keine offiziellen stellvertretenden Kita-Leiterinnen in Krankheits- oder Urlaubsfällen benannt sind. In der Regel ist es so, dass die Kita-Leiterin eine/n Erzieher/in ihres Vertrauens hat und die/der von allen anerkannt wird.

Beantwortung zur Anfrage 4:

Herr Landmann teilt mit, dass sich diese Frage mit Herrn Zinns Anfrage deckt und bereits in der Stvv. angesprochen wurde. Praktikanten und Auszubildende können auch Aufgaben übernehmen oder delegiert bekommen, die auch unter Anleitung und Hauptverantwortung des jeweiligen Erziehers auch Aufsichtsaufgaben umfassen. Zu den MAE-Kräften kann er nur so viel sagen, dass die Aufsichtspflichten auf die Maßnahmeteilnehmer im Sinne von Haftung nicht übertragen werden kann.

Frau Schostan ist die Aussage mit der Vertretung zu schwammig, da es keine richtige Vertretung gibt. Sie fragt, wer letztendlich die Verantwortung in der Kita trägt.

Frau Ladewig sagt, dass es in jeder Kita die Leiterin und die stellv. Leiterin (in Form der Stellvertretung) gibt. Die Leiterin übergibt der stellv. Leiterin die Aufgaben während ihrer Abwesenheit, um das Kitageschehen und den Dienstablauf zu gewährleisten. Ist eine Leiterin im Krankheitsfall länger als vier Wochen nicht im Hause, steht dieser leitenden Mitarbeiterin nach TVÖD die ganz normale Differenz zwischen ihrem Gehalt und dem der Leiterin zu.

Frau Schostan findet, dass die Erzieher/-innen irgendwie an ihre Belastungsgrenzen angekommen sind. Deshalb möchte sie wissen, wie viele Kinder die Erzieher letztendlich in den Kitas in Krankheits- oder Urlaubsfällen zu betreuen haben und wie oft sind die Erzieher/-innen dieser Mehrbelastung ausgesetzt.

Frau Ladewig sagt, dass dies genauer recherchiert werden müsste und eines längeren Zeitraumes bedarf (ca. 4-5 Monate).

Herr Landmann fügt hinzu, dass dies sehr schwer sein wird, da

in den Kitas zum Teil gruppenübergreifend gearbeitet wird.

Frau Brückner erklärt, dass dies im normalen Betrieb durch die Dienstpläne geregelt ist und durch die Kinderzahlen, die vorgegeben sind. Problematisch ist es nur, wenn Ausfall ist und der ist in jeder Kita unterschiedlich, so dass man generell keine Zahl sagen kann.

Herr Zinn äußert die Bitte, am 9. März in zwei Komplexen für die Stadt Schlussfolgerungen zu ziehen.

- a) Wo müssen wir Hausaufgaben in der Stadt richtig machen?
- b) Wo müssen wir für die Landespolitik auch Vorschläge unterbreiten, wo Rahmenbedingungen anders gestaltet werden?

TOP 13

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

TOP 14

Schließung der Sitzung

Herr Schumacher schließt die Sitzung um 19:25 Uhr.

gez. Schumacher
Stellvertretender Vorsitzender
des Ausschusses für Bildung,
Jugend und Sport

gez. Berg
Schriftführerin

